

Entwicklungen und Wendepunkte der Frauenbewegungen in Südtirol im 20. Jahrhundert

Chiara Paris

Einleitung

Das oberste Gebot der Frauenorganisationen und Frauenbewegungen weltweit war und ist, die Gleichstellung der Geschlechter auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu erreichen. In Südtirol ist dieses Ziel eng mit der sozialen, politischen und kulturellen Geschichte des Landes verknüpft. Je nach historischem Kontext, politischen Gegebenheiten, kulturellen Einflüssen und gesellschaftlichen Veränderungen versammelten sich die Frauen in den unterschiedlichsten Formen. Dabei standen sie im Spannungsfeld zwischen Tradition und Fortschritt und wurden in einer patriarchal geprägten Gesellschaft mit ihren Anliegen oftmals nicht ernst genommen, nicht gehört oder sogar ignoriert. Doch all das hinderte sie nicht, ihre Rechte einzufordern und für Gleichberechtigung, politische Teilhabe und Selbstbestimmung zu kämpfen.

Die heutige Autonome Provinz Südtirol war im 20. Jahrhundert Schauplatz bedeutungsvoller Veränderungen, die die Region bis heute prägen. In einer damaligen, stark von patriarchalen Rollenbildern geprägten Gesellschaft, waren Frauen in vielen Bereichen unterrepräsentiert. Dennoch entwickelten sich auch in Südtirol, beeinflusst von den weltweiten Geschehnissen, erste Frauenorganisationen und -bewegungen, die gleiche Rechte für alle einforderten. Dieser Beitrag versucht am Beispiel der sozialdemokratischen Frauenorganisationen und dem Kollektiv »Kollontaj« einen Einblick in die Entstehung der Frauenbewegungen in Südtirol im 20. Jahrhundert zu geben. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, welche gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen diese Bewegungen beeinflussten, welche Kräfte sie vorantrieben und welche Themen dabei in den Vordergrund rückten.

Um die Entwicklung der Frauenbewegungen in Südtirol im 20. Jahrhundert zu analysieren, wurden in diesem Beitrag – aufbauend auf die bereits bestehende Sekundärliteratur – Zeitungsartikel als zentrale Primärquellen herangezogen und analysiert. Besonders relevant dabei war die sozialdemokratische *Volkszeitung*, die Aufschluss über die Ansichten und Anliegen der frühen sozialdemokratischen

Frauenorganisation ermöglichte. Für die Analyse der späteren Entwicklungen wurden Zeitungsartikel verschiedenster politischen Ausrichtungen berücksichtigt: die sozialdemokratische *Südtiroler Volkszeitung* und *Der Fortschritt*, zweisprachige Publikationen wie *Tandem* und *Monats-Tandem-Mensile*, die linksorientierte *Neue Südtiroler Tageszeitung* sowie die konservativen *Dolomiten* und *Volksbote*.

Historischer und gesellschaftlicher Kontext

Das heutige Südtirol war bis zum Jahr 1920 Teil des Kronlands Tirol im Vielvölkerreich Österreich-Ungarn. In der Geschichtsschreibung wird Österreich-Ungarn zwischen Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg oftmals als »industrialisierter Agrarstaat« bezeichnet. Doch zwischen den einzelnen Kronländern bestanden erhebliche Unterschiede im Prozess der Industrialisierung, die sich auch innerhalb der Kronländer widerspiegeln: neben einigen hochindustrialisierten Regionen, dominierten in anderen weiterhin die Landwirtschaft und ländliche Strukturen. (Barth-Scalmani/Margesi 2014, S. 280–82). Das Kronland Tirol, einschließlich Südtirol, war eines dieser von der Landwirtschaft geprägten Länder, in denen der Prozess der Industrialisierung erst spät, am Vorabend des Ersten Weltkrieges, einsetzte (Mazohl/Steininger 2020, S. 214–15). Trotz ihrer bedeutenden Rolle auf den Höfen sowie in der Land- und Hauswirtschaft blieb Frauen der Zugang zur politischen Partizipation weitgehend verwehrt. Die patriarchalen Strukturen der Gesellschaft, der ländliche Charakter der Region und die institutionellen Rahmenbedingungen schränkten die Möglichkeiten für Frauen, sich politisch zu organisieren, stark ein. Ein grundlegendes Hindernis war das Vereinsrecht, welches Frauen von der Teilnahme an politischen Organisationen ausschloss (Bader-Zaar 2019, S. 37). Den Frauen war es untersagt, politische Vereine zu gründen oder ihnen auch nur beizutreten. Der Artikel 30 des Vereinsgesetzes vom 15. November 1867 dazu lautet: »Ausländer, Frauenspersonen, und Minderjährige dürfen als Mitglieder politischer Vereine nicht aufgenommen werden.« (*Reichsgesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich* 1867).

Trotz der schwierigen strukturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen breitete sich Ende des 19. Jahrhunderts – ausgehend von der Metropole Wien – ein Klima des Aufbruchs aus. Innerhalb der Arbeiter*innenbewegung und unter den bürgerlich-liberalen Frauen wuchs die Forderung nach der Ausweitung politischer und sozialer Partizipation (Bader-Zaar 2019, S. 37). Deklarierend als unpolitische Organisationen entstanden berufsspezifische Frauenvereine, die sich dem Kampf um Berufsausbildung und Studium, sowie den Anspruch auf das Recht auf Berufsarbeit und eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes hegten. Der erste, im engeren Sinne politische Frauenverein war der 1893 gegründete *Allgemeine Österreichische Frauenverein* (AÖFV), der den radikalen Flügel der österreichischen Frauenbewegung

repräsentierte (Urban 1930, S. 39). Einige Jahre später, am 5. Mai 1902, entstand in Wien der *Bund österreichischer Frauenvereine* (BÖFV), welcher als Sammelbecken für alle Frauenvereine des bürgerlichen Netzwerkes diente und als dieses das Mandat Österreichs im *International Council of Women* vertrat (Hauch 2009, S. 281–34).

Die Anfänge der Frauenbewegung in Südtirol: Sozialdemokratische Organisationen im Fokus

Den Grundstein für ein umfassendes Organisationsnetz sozialdemokratischer Frauen sowie Arbeiterinnen(bildungs)-Vereine innerhalb der cisleithanischen Reichshälfte legten die Sozialdemokratinnen 1898. Sie beriefen ohne vorherige Absprache mit der Gewerkschaftskommission oder dem Parteivorstand, die erste *Frauenreichskonferenz* ein und wählten ein leitendes *Frauenreichskomitee* (Hauch 2009, S. 28–34).

Daneben organisierten sich zunehmend auch die Katholikinnen in Vereinen, die jedoch keine Ambitionen zeigten, die verfassungsrechtliche Gleichstellung der Frau sowie die Einführung des Frauenstimmrechts zu fordern. 1910 wurde die Katholische Frauenorganisation Tirol gegründet (KFO Tirol), mit dem Ziel, die christliche Familie als Basis der Gesellschaft vor der Zerstörung durch die weibliche Erwerbstätigkeit und freien Liebe zu bewahren. Auch im südlichen Teil des Kronlandes Tirols dominierten konservative und katholische Werte. Darüber hinaus wies Südtirol zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Vergleich zum übrigen Tirol deutliche Rückstände in den Organisationstätigkeiten von Frauen und in der Entwicklung gewerkschaftlicher Strukturen auf. Im *Bericht der Landesgewerkschaftskommission über die Tätigkeit und die Leistungen der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschtirols. Vom 1. Jänner 1909 bis 31. Dezember 1909* wurde festgehalten: »Der diesjährige Bericht über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen in Bozen und Meran ist als ein ungünstiger zu bezeichnen.« (*Volkszeitung* 1910c, S. 11). Als Gründe für die unzureichende Entwicklung der Gewerkschaften in Südtirol wurden der Mangel an mobilisierenden Kräften und an größeren industriellen Unternehmen sowie natürliche Hindernisse genannt (*Volkszeitung* 1910c, S. 11). Gleichzeitig gingen Frauen immer mehr der Erwerbstätigkeit nach, denn der zunehmende Personenverkehr und das Aufblühen des Tourismus in Tirol schufen einen steigenden Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere in Gastronomie und Hotellerie. Die Gewerkschaft sah sich verpflichtet, unter anderem durch die Errichtung von Frauenorganisationen auf lokaler Ebene, die Frauen vor der Ausbeutung zu schützen, wie es in diesem Gewerbe üblich war (*Volkszeitung* 1910b, S. 13).

Die Debatte über die Ausbeutung von Frauen durch Erwerbstätigkeit wurde am 30. Januar 1910 auf der fünften Landeskonferenz der Gewerkschaft Deutschtirols zum zentralen Diskussionsthema. Einige männlichen Gewerkschafter sahen die

Frauen nicht als schutzbedürftig an, sondern als Bedrohung für die männliche Arbeitskraft: »Ein weiteres Augenmerk muss der Frauenorganisation geschenkt werden, denn auch die Frau wird immer mehr Konkurrentin des Mannes. Wenn hier nicht Aufklärung und Organisation erfolgt, so wird sich das in späteren Jahren an uns bitter rächen, wenn die weibliche Arbeitskraft immer mehr zur Verdrängung der männlichen verwendet wird.« Dennoch mahnte die Landesgewerkschaftskonferenz die Ortsverbände, dass sie ihrer Pflicht nachgehen und die Errichtung von Frauenorganisationen entschlossen vorantreiben müssen. Doch weitere Parteimitglieder, darunter auch ein Genosse aus Bozen, »Herr Trost«, sahen keinen Grund zur Unzufriedenheit für die Frauen, denn ihrer Meinung nach ginge es den Frauen ohnehin schon besser als früher. Dem entgegnete eine weibliche Vertretung, »Genossin Fritsch«, dass man die Aussagen der männlichen Parteikollegen kaum glauben könne, wenn man beobachte, wie Arbeiterinnen von frühmorgens bis spätabends schwer schuften müssten (*Volkszeitung* 1910a, S. 2–4). Die Diskussion verdeutlicht, wie auch innerhalb der fortschrittlichen sozialdemokratischen Partei die Meinungen bezüglich der zunehmenden weiblichen Emanzipation und Erwerbstätigkeit stark voneinander abwichen. Die Frauen Tirols und Südtirols ließen sich von solchen Diskussionen nicht entmutigen und setzten in den Jahren um 1910 bedeutende Schritte in Richtung Emanzipation. Sie versammelten sich zunehmend und organisierten Veranstaltungen in allen Teilen des Landes, die oftmals ausschlaggebend für die Gründung einer Frauenorganisation in den jeweiligen Ortschaften waren. Eine wichtige Rolle für Südtirol spielte dabei die Sozialdemokratin Maria Ducia, die am 25 April 1875 als Tochter einer Hebamme und eines Schneiders in Innsbruck als Maria Psychär geboren wurde. Als Berufstätige, Politikerin und gleichzeitig Mutter – noch dazu mit wachsender »roter Gesinnung« – entsprach Ducia keineswegs dem traditionellen Frauenbild der Zeit. Sie übernahm die Rolle als Schriftführerin des Frauenaktionskomitees Lienz und wurde bereits ein Jahr später zur Vorsitzenden ernannt. In diesen Ämtern nahm sie regelmäßig als Delegierte an den Frauenreichskonferenzen teil. In den Jahren 1910 und 1911 engagierte sich Ducia aktiv in den Protesten gegen die steigenden Lebensmittelpreise, doch ihr Einsatz galt vor allem dem Kampf gegen gesellschaftliche Missstände und der Forderung nach politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gleichberechtigung der Frauen. Am 24. März 1912 wurde Ducia während der ersten sozialdemokratischen Frauenkonferenz ins Landesfrauenkomitee sowie auch zur Landesvertrauensperson gewählt. In dieser Funktion reiste sie durch das Kronland Tirol und hielt unzählige Reden und Vorträge. Dabei trug sie wesentlich zur Entstehung lokaler Frauenorganisationen bei und betreute die einzelnen Ortsgruppen in ganz Tirol – von Meran bis Landeck – auch nach ihrer Gründung weiterhin (*Volkszeitung*, 1912d, S. 1–2; Schiestl, 2013, S. 62–63).

Wie Millionen anderer Menschen in Deutschland, Dänemark, der Schweiz und in Österreich-Ungarn folgte auch Maria Ducia dem Aufruf der Frauenrechtlerin Cla-

ra Zetkin: »Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht!« (Notz 2011, S. 202; Zetkin 1911, S. 1). Auch in Tirol kam es anlässlich des ersten internationalen Frauentages zu zahlreichen Frauenversammlungen, in denen die politische Gleichberechtigung, das aktive und passive Wahlrecht, die Zulassung zu den politischen Vereinen und gerechtere Löhne gefordert wurden (*Volkszeitung* 1911b, S. 5).

Zunehmend wurden auch in Südtirol Frauenversammlungen abgehalten, bei denen bekannte Sozialdemokratinnen aus Lienz, Innsbruck oder Linz referierten. So fand am 6. November 1911 eine Frauenversammlung in Franzensfeste statt, wo die Sozialdemokratin Marie Beutelmayer aus Linz einen Vortrag über die bedeutende Rolle der Frau in der Gesellschaft hielt. Sie machte die Teilnehmenden auf den Artikel 30 des Vereinsgesetzes aufmerksam, betonte die Notwendigkeit eines organisierten Zusammenschlusses der Frauen und hegte den Anspruch auf das Mitbestimmungsrecht der Frauen in allen öffentlichen Fragen (*Volkszeitung* 1911a, S. 4). Ein halbes Jahr später, anlässlich des zweiten internationalen Frauentages, kam es am 11. Mai 1912 zur Gründungsversammlung der Frauenorganisation Franzensfeste. Unter den zahlreichenden Anwesenden befand sich auch Maria Ducia, die für ihre Rede eigens aus Lienz angereist war. In ihrer Ansprache unterstrich sie die Wichtigkeit des Frauentages und die Forderung des Wahlrechts für Frauen. Ducia war bekannt für ihre kämpferischen Reden, in denen sie ihre Botschaften durch anschauliche Beispiele eindrucksvoll vermittelte und die Zuhörenden für ihre Anliegen begeisterte. Ihre Rede in Franzensfeste beendete sie mit dem Aufruf »Heraus mit dem Wahlrecht!« und auch dieses Mal gelang es ihr das Publikum zu begeistern. Gleich im Anschluss traten 30 Frauen der neuen Organisation bei, und man ernannte ein Frauenkomitee zur Leitung der Organisation (*Volkszeitung* 1912c, S. 5). Zum zweiten Internationalen Frauentag versammelten sich in ganz Österreich Frauen, um gegen die politische und wirtschaftliche Ungleichheit, gegen Militarismus und Krieg zu protestieren. Neben dem Wahlrecht forderten die Frauen für gleiche Arbeit den gleichen Lohn, das Recht auf politische Partizipation und die Abschaffung des Artikel 30 des Vereinsgesetzes (*Volkszeitung* 1912b, S. 5). Einen Monat später kam es dann auch in Bozen zur Gründung einer Frauenorganisation. Der Anlass war eine Parteiversammlung der Sozialdemokraten am 15. Juni 1912 in Bozen, bei der die Sozialdemokratin Freundlich einen Vortrag zum Thema »Die Frau und der Sozialismus« hielt. Nach dem Vortrag meldeten sich auf Anhieb 16 Frauen, die sich bereit erklärten, eine Frauenorganisation aufzubauen (*Volkszeitung* 1912a, S. 4).

In Meran hingegen verlief der Prozess zur Gründung einer Frauenorganisation zunächst eher schleppend, obwohl man bereits 1910 unter Anwesenheit von Gabriele Proft, einer Sozialdemokratin aus Wien, darüber beriet. Erst im Oktober 1912 wurde in den Frauenversammlungen die Gründung einer Organisation konkreter disku-

tiert, und am 15. Dezember desselben Jahres fand schließlich die Wahl der Vereinsleitung statt (*Volkszeitung* 1912e, S. 4; *Volkszeitung* 1913c, S. 6).

Neben der Sozialdemokratischen Frauenorganisation entstand im März 1913 in Meran auch eine Ortsgruppe des bürgerlichen »Vereines arbeitender Frauen in Wien«. Dem Bericht der *Volkszeitung* lässt sich entnehmen, dass vorwiegend bürgerliche Frauen an dieser Versammlung teilnahmen. Doch auch der Sozialdemokrat Snoy befand sich im Publikum und ließ es sich nicht nehmen, das Wort zu ergreifen, um über die politische Gleichberechtigung der Frauen zu sprechen, wofür er großen Zuspruch bei den Anwesenden fand. Dennoch widersprach die vorläufige Präsidentin Frau Mayer seiner Ausführung und behauptete, der Kampf um die politische Gleichberechtigung solle den Kolleginnen in Wien und anderen Teilen des Reiches überlassen werden. Meran war ihrer Ansicht nach nicht der geeignete Ort, um sich für das Stimmrecht einzusetzen (*Volkszeitung* 1913d, S. 5).

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Frauen in Meran feierten die Sozialdemokratinnen Merans den dritten internationalen Frauentag am 9. März 1913, mit einer Versammlung zum Thema »Der Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frauen«. Auch die Frauen von Bozen und Franzensfeste folgten dem Aufruf des Frauenkomitees und veranstalteten Versammlungen, die sich demselben Thema widmeten und das Frauenwahlrecht forderten (*Volkszeitung* 1913b, S. 5). Das Frauenkomitee erhoffte sich anlässlich dieses Tages »nicht nur eine Sammlung der vorhandenen Kräfte, sondern auch eine Verstärkung unserer Reihen, eine imponierende Demonstration unserer Frauen zum Zeichen ihrer politischen Reife und für die Erlangung ihrer politischen Rechte.« (*Volkszeitung* 1913a, S. 4). Letzteres lässt darauf schließen, dass die Frauen weiterhin als minderwertig betrachtet, ihre Fähigkeit am politischen Leben teilzunehmen infrage gestellt und ihre Forderungen nicht ernst genommen wurden.

Zu Beginn des Jahres 1914 schreibt die *Volkszeitung*: »Der Tag des Frauenwahlrechtes soll auch in diesem Jahre trotz wirtschaftlicher Not und schweren wirtschaftlichen Sorgen gefeiert werden.« (*Volkszeitung* 1914a, S. 6). Nachdem das Datum für den Internationalen Tag der Frau erstmals auf den 8. März gelegt wurde, fanden in mehreren Orten Tirols, darunter auch Franzensfeste und Meran, Versammlungen unter dem Thema »Frauenwahlrecht und Klassenkampf« statt. Bis zum ersten Weltkrieg wurde der Tag der Frau unter anderem auch in Frankreich, Holland, Schweden, Russland und Böhmen gefeiert (*Volkszeitung* 1914b, S. 2; Notz 2011, S. 208).

Die Folgen der Weltkriege: Unterschiedliche Entwicklungen nördlich und südlich des Brenners

Der Erste Weltkrieg hatte weitreichende politische, soziale und gesellschaftliche Folgen. Trotz des kriegsbedingten Ausnahmezustandes und dem daraus resultierenden Verbot öffentlicher Versammlungen suchten die sozialdemokratischen Frauen alternative Wege der Organisation. Das Frauenreichskomitee in Wien beschloss daher, den Frauentag in den Jahren 1916 und 1917 nicht als eintägige Veranstaltung abzuhalten, sondern in Form mehrerer Vereinsversammlungen (*Volkszeitung* 1916 S. 4; *Volkszeitung* 1917 S. 3). Die Kriegsrealität veränderte zudem die thematischen Schwerpunkte. Die Frauenorganisation Meran diskutierte Anfang des Jahres 1918 nicht wie gewohnt über das Wahlrecht, sondern widmete sich den dringenden Versorgungsproblemen. (*Volkszeitung* 1918a S. 5). Im März desselben Jahres fand anlässlich des Frauentages in Franzensfeste erstmals seit Kriegsbeginn wieder eine Frauenversammlung statt. Als Referentin war Maria Ducia eingeladen, die einen Vortrag über die Forderung des Wahlrechts und über den Völkerfrieden hielt (*Volkszeitung* 1918b, S. 3). Im Herbst desselben Jahres traten jedoch tiefgreifende Veränderungen ein.

Mit dem Zerfall der Monarchie und der Gründung der Provisorischen Deutsch-Österreichischen Nationalversammlung im Oktober 1918 vereinten sich unterschiedlich ausgerichtete Frauenorganisationen und forderten in einer Petition die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Darunter befanden sich unter anderem die Sozialdemokratinnen und mehrere bürgerlich-liberale Frauenvereine, wie der AÖFV und der BÖFV und das Österreichische Frauenrechtskomitee. Mit der Aufhebung der diskriminierenden Bestimmungen des Artikel 30 des Vereinsgesetzes und der Zustimmung der »Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Unterschied der Geschlechter« wurde am 30. Oktober 1918 der erste Schritt zur politischen Emanzipation in Österreich gemacht. Nach dem Waffenstillstand von Villa Giusti am 3. November und mit der Ausrufung der Republik am 12. November wurde im »Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich« das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht aller volljährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts festgelegt. Am 16. Februar 1919 wählten zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs Frauen ein Parlament, für das sie ebenfalls zum ersten Mal kandidieren durften (Weinzierl 1975, S. S. 40–42; Bader-Zaar 2019, S. 57–59). Nur wenig später, am 15. Juni 1919, wurden in Tirol Landtagswahlen abgehalten, bei denen erstmals zwei Frauen, die Sozialdemokratinnen Karoline Wagender und Maria Ducia, zu den 54 gewählten Abgeordneten zählten (Schiestl 2013, S. 56–57).

Teil des Waffenstillstands von Villa Giusti war die unmittelbare Besetzung der ehemals zum Kronland gehörenden Territorien südlich des Brenners von Seiten der italienischen Besatzungstruppen. Am 7. November erfolgte die militärische Beset-

zung von Bozen und am 10. November die des Brenners. Während in Tirol provisorische Nationalräte und die ersten Landtagswahlen stattfanden, war die Situation südlich des Brenners eine ganz andere. Die Wahlen wurden bis Mai 1921 verschoben, und die Frauen blieben, wie im restlichen Italien, vom Wahlrecht ausgeschlossen (Überegger 2019, S. 67–76).

Der Marsch der Faschisten auf Rom vom 28. Oktober 1922 und die anschließende Machtübernahme Benito Mussolinis markierten das Ende der liberalen Staatsordnung in Italien. Dieser politische Wendepunkt führte zur definitiven Aufgabe der ursprünglich von der deutschsprachigen Bevölkerung gehegten Erwartungen hinsichtlich autonomer Selbstverwaltung und politischer Garantien. Vielmehr konzipierte das faschistische Regime für Südtirol ein systematisches Programm der Italianisierung, das gleichermaßen sprachliche, politische und gesellschaftliche Assimilierungsmaßnahmen umfasste. Das Regime vertrat paradoxerweise eine doppelte Strategie: Einerseits proklamierte es eine konservative Geschlechterideologie, die Frauen auf ihre reproduktiven und häuslichen Funktionen als Ehefrauen und Mütter reduzierte, andererseits erkannten die Faschisten ihre zentrale Position im Erziehungsprozess zukünftiger Generationen. Die instrumentelle Integration von Frauen auch in Führungspositionen in faschistischen Massenorganisationen wie ONAIR (Einrichtung zur Unterstützung des befreiten Italiens), ONMI (Einrichtung für Mutterschafts- und Kinderschutz, und die *Fasci femminili* (weibliche Faschistenverbände) diente primär der ideologischen Erziehung und Heranbildung einer zukünftigen regimetreuen Generation (Spada 2019, S. 12–19).

Angesichts der mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung berief das faschistische Regime italienischsprachiges Bildungspersonal aus dem Trentino und dem norditalienischen Raum. Diese sollten die Mütter im Prozess der sprachlichen und kulturellen Erziehung der Kinder ersetzen (Spada 2019, S. 325–27). Die Schließung aller deutschen Bildungseinrichtungen im Jahr 1923 bedeutete einen zentralen Einschnitt in die kulturelle Autonomie der deutschsprachigen Bevölkerung. Das Dekret vom 1. Oktober 1923, umgesetzt im Rahmen der nach Giovanni Gentile benannten Bildungsreform, führte ab dem Schuljahr 1923/24 zur verbindlichen Einführung des Italienischen als alleinige Unterrichtssprache. Das Dekret löste in Südtirol eine Welle des Widerstands aus. Lokale Politiker appellierten in deutschsprachigen Zeitschriften: »Jetzt gilt's erst recht, deutsche Art und deutsches Wort für Kind und Enkel zu erhalten!«, während der für seinen Einsatz für die deutsche Minderheit in Südtirol bekannte Kanonikus Michael Gamper die Bevölkerung zur Mobilisierung aufrief (Spada 2019, S. 85; *Der Landsmann* 1923, S. 1).

Daraufhin versammelten sich am 3. November 1923 zwischen 700–1.000 Mütter vor dem Gebäude des Unterpräfekten in Bozen. Dieser gestattete eine Anhörung jedoch nur unter der Bedingung, dass die anderen Frauen den Platz räumten. Während die protestierenden Mütter die Rheingasse räumten, verweigerte der Unterpräfekt zunächst einer ersten Delegation – Maria Mumelter-Pisoni, Maria Mayr und

Luise Thurnherr – die Anhörung. Eine zweite Delegation, bestehend aus Mumelter, Mayr und Josefine Rößler, wurde schließlich vorgelassen, nachdem die Straße vollständig geräumt war (*Bozner Nachrichten* 1923, S. 1; *Volksbote* 1923, S. 1). Die Brixner Chronik berichtete, dass der Unterpräfekt die Frauen eindringlich vor weiteren Protestaktionen warnte, da diese negative Konsequenzen für ihre Ehemänner haben könnten. Zudem unterbrach der Unterpräfekt die Delegation mehrfach und verneinte die Notwendigkeit einer Aufhebung des Dekrets (*Brixener Chronik* 1923, S. 2). Darüber hinaus sandten die Frauen ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Mussolini, an die Königin Elena und ein anderes an den Präfekten von Trient (*Der Landsmann* 1923; *Volksbote* 1923, S. 1).

Auf Initiative der Deutschfreiheitlichen Partei und Katholischen Volkspartei organisierten lokale Frauenausschüsse eine Petition mit über 5.000 Unterschriften für den Erhalt deutscher Schulen. Eine dreiköpfige Delegation übergab diese am 3. Dezember 1923 persönlich an Giovanni Gentile, blieb jedoch ebenso ungehört wie ein späterer Brief an König Umberto II (1924) (Spada 2019, S. 91–94).

Die Bemühungen der Frauen blieben ohne Erfolg, und ab dem Schuljahr 1927/28 existierten ausschließlich italienischsprachige Klassen. Parallel dazu hatte sich jedoch bereits im gesamten Land ein Netzwerk illegaler Schulen entwickelt, die sogenannten Katakombenschulen. Eine zentrale Rolle bei der Organisation spielten die Bozner Lehrerin Maria Nicolussi, die Direktorin der Goethe Schule Emma von Leurs und Kanonikus Michael Gamper. Von besonderer Bedeutung waren die zahlreichen Lehrerinnen, die im Verborgenen, meist in privaten Wohnräumen, Kinder unterrichteten und gleichzeitig eine neue Generation junger Frauen vorbereiteten, den Unterricht in den Katakombenschulen weiterzuführen (Spada 2019, S. 97–99; Heinrich 2013, S. 99). Ein Artikel in der Zeitschrift *Südtiroler Heimat* (1932) veranschaulicht die Situation der sogenannten »Geheimschullehrerinnen« am Beispiel eines Bauernmädchens, das aufgrund seiner illegalen Unterrichtstätigkeit von den Behörden vorgeladen wird, um sich vor dem Quästor zu verantworten. Darin wird die moralische Integrität der Lehrerin betont, die trotz der drohenden Sanktionen mit »gutem Gewissen« erscheint (*Südtiroler Heimat* 1932, S. 8). Südtiroler Frauen ermöglichten nicht nur den klandestinen Unterricht in privaten Räumen, sondern auch Netzwerke zur Koordination und Materialbeschaffung und fungierten als Verbindungspersonen zwischen den Schulstandorten. Ihr Einsatz war ausschlaggebend dafür, dass die Katakombenschulen trotz der intensiven Verfolgung durch die faschistischen Behörden bis zum Sturz des Regimes 1943 fortbestehen konnten. Diese Form des organisierten weiblichen Engagements verdeutlicht, wie Frauen jenseits formeller Vereinsstrukturen sich mobilisierten und politischen Widerstand leisteten.

Mit der Befreiung Italiens vom Nazifaschismus am 25. April 1945 und der demokratischen Neuordnung veränderte sich auch die politische und gesellschaftliche Rolle der Frauen grundlegend. Erstmals erhielten volljährige Italienerinnen durch das Dekret Nr. 74 vom 10. März 1946 das passive und aktive Wahlrecht. Nachdem

die italienische Verfassung am 1. Januar 1948 in Kraft getreten war, wurden am 11. April desselben Jahres alle Italienerinnen und Italiener zur Wahl ihrer Parlamentsvertreterinnen und -vertreter aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag damals bei bemerkenswerten 94,03 %. Zum ersten Mal durften sich auch die Bürgerinnen und Bürger der Provinz Bozen an den Wahlen beteiligen. Im Herbst desselben Jahres, am 28. November 1948, fand in Südtirol die erste Landtagswahl der Provinz Bozen statt. Sie blieb jedoch ohne weibliche Vertretung. Frauen waren nach wie vor auf politischer Ebene nicht erwünscht oder sichtbar. Aus diesem Grund engagierte sich die *Unione Donne Bolzano* (italienisch für Vereinigung der Frauen Bozen), ein Ableger der nationalen *Unione Donne Italiane* (italienisch für »Vereinigung der Italienischen Frauen«) aktiv für die politische Teilhabe der Frauen. Mit Plakaten in beiden Landessprachen forderten sie die Frauen zum Wählen auf und sprachen auch deutliche Wahlempfehlungen aus (Scalmani 1952). Bis zum Jahr 1964 befand sich keine weibliche Vertretung auf der Kandidatenliste der Südtiroler Volkspartei (SVP) (*Südtiroler Neuigkeiten* 1964, S. 1). Als schließlich 1964 mit Waltraud Gebert-Deeg, die seit 1958 Landesleiterin der Frauen im Katholischen Verband der Werktätigen war, erstmals eine Frau auf der Kandidatenliste der SVP erschien, wurde dies als eine geschickte Strategie vom SVP-Obmann Silvius Magnago gewertet (Mumelter 2021, S. 47). So schrieb zum Beispiel die Zeitung *Südtiroler Nachrichten*, es sei »eine kluge Entscheidung, eine Frau auf die Liste zu setzen« wenn man der Forderung des neuen Parteistatus, also dem Aufbau einer eigenen Frauenbewegung, gerecht werden wolle. »So ist es unleugbar ein *Fortschritt*, wenn sich auf der Kandidatenliste zum *erstenmal* seit der Gründung der Partei, ja seit 1918, der Name einer *Frau* befindet.«, weiter »In einer Zeit, in der Frauen in der ganzen Welt wichtige Stellungen bekleiden [...] war es auch in Südtirol *hoch an der Zeit*, einer Frau das Feld der politischen Tätigkeit zu öffnen!« (*Südtiroler Neuigkeiten* 1964, S. 1). Allerdings konnte die Sammelpartei nur mit Mühe die Einheit bewahren und dem Druck von Seiten der Verbände und verschiedensten Organisationen standhalten, die mehr Mitbestimmung einforderten, etwa durch eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Frauen. Dies führte dazu, dass im Jahr 1964 in einer außerordentlichen Landesversammlung ein neues Parteistatut genehmigt wurde, durch das die Partei sich umstrukturierte und den Aufbau einer parteiinternen Frauenbewegung festlegte (*Volksbote* 1966, S. 1).

Nicht nur die SVP, sondern auch die *Democrazia Cristiana* (italienisch für »Christliche Demokratie«, die christdemokratische Partei, kurz »DC«) setzte im selben Jahr mit Lidia Menapace eine Frau auf ihre Kandidatenliste, eine überzeugte Antifaschistin und Partisanin. So gelangten mit den Wahlen am 15. November 1964, mit Waltraud Gebert-Deeg (SVP) und Lidia Menapace (DC), erstmals zwei Frauen in den Südtiroler Landtag. Zwei Jahre später beauftragte Magnago Waltraud Gebert-Deeg damit, eine parteiinterne Frauenbewegung innerhalb der SVP aufzubauen. Ziel war es, nicht nur die Interessen der Frauen zu vertreten, sondern ihnen auch die

Verantwortung für ehrenamtliche und soziale Tätigkeiten im Rahmen der Partei zu übertragen (*Volksbote* 1966, S. 1).

Angesichts der bevorstehenden Gemeinderatswahlen im Mai 1969 setzte sich die SVP-Frauenbewegung dafür ein, mehr Frauen auf den Kandidatenlisten zu führen und sicherzustellen, dass möglichst viele davon in die Gemeinderäte gewählt würden. Dazu organisierte man zu Beginn des Jahres eine Tagung in Brixen zum Thema »Die Frau in der Gemeinde«. Rund 110 Frauen und Mädchen aus allen Teilen, Klassen- und Altersgruppen des Landes nahmen an der Tagung teil. Die Aufgaben der Frauen umfassten vor allem familienorientierte Bereiche, wie Erziehung, Gesundheitswesen, Schulbildung, soziale Dienste, Jugendausbildung und die Unterstützung sozial benachteiligter Menschen. Dass der Diskurs innerhalb der SVP von solchen Rollenbildern geprägt war, bestätigt ein Artikel der Parteieigenen Zeitung *Volksbote*: »gerade die nüchterne, logische Einstellung des Mannes, in Verbindung mit dem praktisch-sorgenden Sinn der Frau sollten zur Lösung vieler aktueller sowie zukünftiger Probleme unserer Heimatgemeinde führen.« (*Volksbote* 1969, S. 1–2). Neben kleineren Frauentagungen in den verschiedenen Gemeinden Südtirols fand schließlich am 23. April 1972 die erste SVP-Landesfrauenversammlung statt, der bis heute zahlreiche folgten.

Prägende Frauen: Das Kollontaj-Kollektiv und sein Einfluss auf die Entwicklung der Frauenbewegungen in Südtirol

In den späten 1960er-Jahren entstanden in Italien – und später in den 1970er- und 1980er-Jahren auch in Südtirol – vermehrt feministische Bewegungen. Im Gegensatz zu den Frauenorganisationen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die sich vor allem auf staatsbürgerliche Rechte wie das Wahlrecht konzentrierten, richteten sich die Forderungen der neuen Bewegungen auf die persönliche und politische Situation der Frauen. Sie thematisierten die alltäglichen Erfahrungen von Frauen in der patriarchalen Gesellschaftsstruktur und stellten diese in einen politischen Zusammenhang. Mit dem Leitspruch »Das Private ist politisch« verdeutlichten die Frauen, dass Themen wie Rollenverteilung, Familienpflichten, Sexualität und Selbstbestimmung nicht nur private Angelegenheiten waren, sondern auch gesellschaftliche Strukturen widerspiegeln, die hinterfragt und verändert werden mussten.

Eine zentrale Rolle in Südtirol spielte die 1971 gegründete autonome Frauengruppe »Alexandra Kollontaj«, benannt nach der russischen Revolutionärin und Frauenrechtlerin, die sich für soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter einsetzte. Mitverantwortlich für die Gründung dieser Gruppe war Andreina Ardizzone Emeri. Die Boznerin war eine der ersten weiblichen Anwältinnen in Südtirol und überzeugte Feministin, die ihr Leben lang für die Rechte von

Frauen und sozial Benachteiligten kämpfte. Die Frauengruppe verstand sich als Kollektiv, lehnte bewusst Hierarchien ab und verzichtete auf eine Vorsitzende. Die Kollontajfrauen sprachen immer im Plural von sich »wir Frauen – noi donne« und trafen alle Entscheidungen gemeinsam. In seinen Anfängen bestand das Kollektiv vor allem aus Südtirolerinnen der italienischen Sprachgruppe, welche oftmals Mitglieder oder ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei Italiens (*Partito Comunista Italiano*) waren. Diese Frauen hatten in den italienischen Großstädten studiert und kamen mit dem feministischen Gedankengut zurück nach Südtirol, weshalb die Ausrichtung des Kollektivs – sowohl in der Theorie als auch in der Praxis – stark vom nationalen Kontext geprägt war (Urthaler 2020, S. 104; *Monats-Tandem-Mensile* 1983a, S. 21–22). Im Mittelpunkt der wöchentlichen Treffen stand vielfach die weibliche Sexualität und die persönlichen Erfahrungen mit diesem Thema. Das Kollektiv bot einen sicheren Ort für die Praxis der sogenannten *autocoscienza* (italienisch für »Bewusstseinsbildung«), die den Frauen die Möglichkeit bot, sich auszutauschen und über Themen zu sprechen, für die es bisher keinen Raum in der Gesellschaft gab. Ursprünglich stammte die Praxis der *autocoscienza* aus den USA, fand jedoch in Italien großen Zuspruch unter den Feministinnen. Während der gemeinsamen Treffen, bei denen die *autocoscienza* praktiziert wurde, lernten die Frauen sich unabhängig von ihrer Beziehung zum männlichen Geschlecht wahrzunehmen, ihren Wert in einer aktiven und auch politischen Rolle zu erkennen und im Öffentlichen als auch im Privaten zur Selbstverwirklichung zu finden (Facchinelli 2005, S. 66–67; *Die Neue Südtiroler Tageszeitung* 2005, S. 21; Niri 2022, S. 270). Zwei Jahre nach der Gründung des Kollektivs wurde im Jahre 1973 in Bozen die Beratungsstelle AIED (*Associazione Italiana per l'Educazione Demografica* – zu Deutsch »Italienischer Verein für demographische Erziehung«) eingerichtet, die Teil des nationalen AIED-Netzwerks war. Die Gründung fand zwei Jahre vor Inkrafttreten des nationalen Gesetzes von 1975 statt, das offiziell Familienberatungsstellen vorsah. Ziel der Beratungsstelle war es, einen offenen Raum für Frauen zu schaffen, wo sie Informationen zu ihren Rechten oder Themen wie Sexualität, Reproduktion, Ehescheidung und persönliche Selbstbestimmung erhalten konnten. Angesichts der Tatsache, dass Südtirol Anfang der 1970er-Jahre die höchste Zahl unehelich geborener Kinder unter allen italienischen Provinzen aufwies und die betroffenen Frauen finanziell und sozial im Stich gelassen wurden, setzten sich die Frauen des AIED dafür ein, junge und ältere Menschen über Geburtenkontrolle und Verhütungsmittel aufzuklären. Wie aus einer Pressemitteilung der AIED aus dem Jahr 1974 hervorgeht, standen den Frauen damals zwölf Beraterinnen beider Sprachgruppen zur Verfügung, die kostenlose Informationen über Empfängnisverhütung gaben. Zudem arbeiteten drei Frauenärzte mit, zwei italienischsprachige und ein deutschsprachiger. Eine gynäkologische Untersuchung kostete lediglich 2.500 Lire (*Der Fortschritt* 1973, S. 3; *Dolomiten* 1974, S. 8). In der praktischen Arbeit zeigte sich jedoch die Komplexität der mehrsprachigen Realität Südtirols: Der Zugang zu

deutschsprachigen Frauen erforderte mehr als bloße Übersetzungen und benötigte einen kulturell angepassten Beratungsansatz. Obwohl die Beratungsstelle überwiegend von italienischsprachigen Frauen geleitet wurde und zunächst vor allem Frauen aus der italienischen Volksgruppe das Angebot nutzten, wuchs der Anteil deutschsprachiger Südtirolerinnen stetig: 1977 waren unter den über 850 beratenen Frauen bereits rund 15 % deutschsprachig (*Südtiroler Volkszeitung* 1978, S. 7).

Mitte der 1970er-Jahre wurde die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Italien zu einem zentralen Thema. Der *Partito Radicale* (zu Deutsch die »Radikale Partei«) startete im Jahr 1974 eine Kampagne für die Aufhebung der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs. Italienweit kam es zu Demonstrationen der Frauenbewegungen, welche die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs forderten (Urthaler 2018, S. 26). So fand beispielsweise am 5. Februar 1977 in Bozen eine Kundgebung statt, bei der Frauen und Mädchen die freie, kostenlose und von Ärzten durchgeführte Schwangerschaftsunterbrechung forderten (*Dolomiten* 1977, S. 4). Schließlich wurde im Mai 1978 das Gesetz zur Regelung der Schwangerschaftsunterbrechung Nr. 194 erlassen, das Frauen den legalen Abbruch einer Schwangerschaft ermöglichte. Das Gesetz sah jedoch auch vor, dass Ärztinnen und Ärzte aus Gewissensgründen die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen verweigern konnten. Der Großteil der Ärzte, die sogenannten *obiettisti di coscienza* (italienisch für »Gewissensverweigerer«), machten davon Gebrauch (Urthaler 2018, S. 27). Südtirol hatte italienweit den größten Prozentsatz an Gewissensverweigerern und so kam es, dass beispielsweise im Krankenhaus Bozen nur zwei Ärzte keine Verweigerung unterschrieben hatten. Die Folgen waren einerseits die Unterbesetzung des Fachpersonals und ein Mangel an chirurgischem Instrumentarium. Andererseits mussten die Ärzte den gesamten organisatorischen Teil selbst übernehmen, wie die Einteilung des Personals, das Entgegennehmen von Telefonanrufen und die Terminvereinbarung (*Südtiroler Volkszeitung* 1980b, S. 5; *Monats-Tandem-Mensile* 1983b, S. 30). Für die einen war das Gesetz ein Meilenstein in Richtung weiblicher Selbstbestimmung, für die anderen bedeutete das Gesetz die Zerstörung des Lebens und der Familie (*Dolomiten* 1978c, S. 1). Zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs schrieb ein Kirchenvertreter: »Eine Hilfe, die keine Hilfe ist, und die eine erschreckende Geringschätzung des Lebens offenbart, ist keine Lösung des Problems« (*Dolomiten* 1978a, S. 3) und »macht die Frauen nicht glücklicher« (*Dolomiten* 1978b, S. 3). Die Konservativen äußerten sich zum Gesetzesentwurf mit den folgenden Worten: »[es] entscheidet dann schließlich nicht ein Arzt, sondern die Schwangere selbst, die ihre Leibesfrucht auf Kosten der Steuerzahler abtreiben will. Die größere individuelle wirtschaftliche und soziale Bequemlichkeit der Frau wird also dem Werte des menschlichen Lebens in seiner Anfangsphase vorgezogen.« (*Volksbote* 1977, S. 3). Die Debatte zwischen den zwei Positionen spitzte sich zu und erreichte im Mai 1981 mit zwei aufhebenden Referenden, die eine Änderung des Gesetzes 194 anstrebten, ihren Höhepunkt.

Die Referenden standen in direktem Gegensatz zueinander: Einerseits forderten die Radikalen eine vollständige Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, auch in privaten Pflegeeinrichtungen. Andererseits wollte die »Bewegung für das Leben« (orig. auf Italienisch *Movimento per la Vita*), die sich ab 1986 auch in Südtirol verbreitet, entweder die vollständige Aufhebung des Gesetzes 194 oder nur den therapeutischen Schwangerschaftsabbruch als zulässig anerkennen. Doch die Italiener*innen wiesen beide Vorschläge zurück: den der Radikalen mit 88,4 % »Nein«-Stimmen und den der Bewegung für das Leben mit 68 % »Nein«-Stimmen (Ministero dell'Interno 1981). Die Kollontajfrauen waren nicht nur lokal zum Thema Abtreibung aktiv, sondern beteiligten sich auch an Tagungen und Fortbildungen in ganz Italien. Am 22. November 1981 nahm das Kollektiv aus Bozen an einer vom *Comitato permanente per la difesa del diritto d'aborto* (italienisch für »Permanenter Ausschuss zur Verteidigung des Abtreibungsrechts«) organisierten Tagung in Rom teil. Gemeinsam mit anderen Kollektiven aus Rom, Mailand, Turin, der Toskana und Catania diskutierten sie über den schwierigen Zugang zu Abtreibungen in öffentlichen Krankenhäusern, da die wenigen Kliniken, die solche Eingriffe vornahmen, italienweit überlastet waren. Die Frauen tauschten sich über organisatorische und kommunikative Herausforderungen aus oder die Schaffung neuer Räume und Frauenhäuser, die neben Schutz auch Orte der Begegnung und Unterstützung in allen Lebensbereichen werden sollten (*Tandem* 1981, S. 3). Nachdem sich die Fälle von Gewalt an Frauen in Südtirol in 1970er- und 1980er-Jahren häuften, nahmen sich die Kollontajfrauen auch diesem Thema an und vermittelten kostenlose Rechtsberatung und Austausch in der Familienberatungsstelle AIED. Sie thematisierten neben der Gewalt in der Öffentlichkeit auch das Thema der Gewalt in der Ehe, für die das Strafgesetzbuch bislang keine Sanktionen vorsah. Die Volkszeitung schrieb dazu: »In Südtirol wird diese Erscheinung oft stillschweigend übergangen – obwohl wegen der stark ausgeprägten patriarchalen Familienstruktur, wegen des starken Autoritarismus in allen Gesellschaftsbereichen – Formen dieser Gewalt in Küchen und Schlafzimmern besonders häufig sind« (*Südtiroler Volkszeitung* 1980a, S. 6). Im Gegensatz zu Vergewaltigungen im öffentlichen Raum wurde diese Form von Gewalt nicht als solche wahrgenommen. Die Rolle der Frau in der Ehe war stark dem Mann untergeordnet, und viele Betroffene nahmen diese Gewalt als normal wahr. Zusammen mit Vertreterinnen der Familienberatungsstelle AIED und der Autonomen Frauengruppen in der Südtiroler Hochschülerschaft errichtete die Landesregierung im März 1986 eine Arbeitsgruppe für die Errichtung eines Frauenhauses, geführt von der öffentlichen Hand (*Dolomiten* 1986, S. 6; *Dolomiten* 1987, S. 17).

Als erste Region Italiens verabschiedete Südtirol 1989, auch dank des unermüdlichen Engagements der Frauen, das Landesgesetz Nr. 10. Dieses Gesetz legte den Grundstein für die Errichtung von Frauenhäusern und Anti-Gewalt-Zentren – sichere Zufluchtsorte für Frauen und Kinder, die vor Gewalt Schutz suchen (Legge

Provinciale, 1989). Im selben Jahr schlossen sich in Meran mehrere Frauen auf eigene Initiative zusammen, um aktiv gegen Männergewalt vorzugehen und gründeten eine Beratungsstelle für von Gewalt betroffenen Frauen. So entstand der *Verein Donne contro la violenza – Frauen gegen Gewalt*. Schließlich kam es 1993 in Meran zur Eröffnung des ersten Frauenhauses, welches zugleich das erste seiner Art in Italien war. (Clementi 2021, S. 242).

Dem Zeitgeist folgend entstanden in den 1980er- und 1990er-Jahren eine Vielzahl von Vereinen, die sich – über die Rechte von Frauen hinaus – für das Wohlergehen und die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzten. Ein bedeutendes Beispiel hierfür ist die Gründung des Vereins Centaurus in Südtirol im Jahr 1993. Seit 1999 Mitglied der nationalen LGBTI+ Vereinigung Arcigay, engagiert sich Centaurus vor allem für die Rechte queerer Menschen und kämpft aktiv gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Damit setzte der Verein ein starkes Zeichen für Vielfalt und Gleichberechtigung in der Region (»LGBTQIA+ Alto Adige Südtirol« 2022).

Schluss

Die Entwicklung der Frauenbewegungen in Südtirol verdeutlicht eindrucksvoll, wie sich die Rolle der Frau auf gesellschaftlicher, politischer und kultureller Ebene im Laufe der Zeit verändert hat. Vom Entstehen der ersten Frauenvereine und -organisationen im ausgehenden 19. Jahrhundert über den Einfluss der beiden Weltkriege bis hin zu den feministischen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre lässt sich eine zunehmende Vielfalt in den Themen und Akteur*innen der Frauenbewegung erkennen. Bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts machten die Sozialdemokratinnen durch öffentliche Versammlungen und Referate auf ihre Anliegen aufmerksam, insbesondere auf die Abschaffung des Artikel 30 des Vereinsgesetzes und auf das Frauenwahlrecht. Die Frauenorganisationen in Südtirol orientierten sich damals stark an den Ereignissen in Nordtirol und vor allem in Wien. Die beiden Weltkriege brachten einschneidende Veränderungen für die Region mit sich. Während im österreichischen Bundesland Tirol bereits im Jahr 1919 zwei Frauen in den Landtag gewählt wurden, dauerte es in Südtirol noch 45 Jahre, bis mit Lidia Menapace und Waltraud Gebert-Deeg erstmals zwei Frauen in den Landtag einzogen. In den 1970er- und 1980er-Jahren nahmen die Frauenbewegungen nationale Themen auf und forderten das Recht auf freiwilligen Schwangerschaftsabbruch, das Recht auf Ehescheidung und Aufklärung. Eine zentrale Rolle spielte dabei das Frauenkollektiv »Alexandra Kollontaj«, welches 1971 in Bozen gegründet wurde. Die Frauen gingen auf die Straße, verteilten Flugblätter und organisierten Kundgebungen und Informationsabende, um ihre Anliegen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und ihre Rechte einzufordern. Die persönliche Wahrnehmung und die Auto-

nomie der Frau rückten verstärkt in den Vordergrund, wobei die Praxis der *autocoscienza* den Frauen half, sich als eigenständige unabhängige Persönlichkeiten zu verstehen und wahrzunehmen. Diese Entwicklung verdeutlicht, wie die Frauenbewegung in der Region von wechselnden kulturellen Einflussräumen geprägt wurde: von deutschsprachigen über italienische bis hin zu internationalen feministischen Impulsen.

Die Frauenbewegungen in Südtirol sahen sich und sehen sich noch immer mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert: Die Spannungen zwischen traditionellen Rollenbildern, strukturellen Problemen und der patriarchalen Gesellschaftsordnung prägen weiterhin den Diskurs. Der Einfluss der katholischen Kirche sowie der besondere kulturelle Kontext der mehrsprachigen und autonomen Provinz spielen dabei eine wichtige Rolle. Trotz vieler Fortschritte bleibt die vollständige Gleichstellung der Geschlechter ein bisher unerreichtes Ziel: Traditionelle Geschlechterstereotype, strukturelle Benachteiligungen und die noch immer geringe politische Repräsentation von Frauen stellen nach wie vor erhebliche Hindernisse dar. Zudem bestehen weiterhin geschlechtsspezifische Lohn Differenzen, die unter anderem durch die zusätzliche unbezahlte Arbeit von Frauen im Haushalt, in der Kinderbetreuung und Pflege bedingt sind und sowohl wirtschaftliche als auch gesundheitliche Auswirkungen auf die Frauen haben.

Mit einem Blick auf die Gegenwart zeigt sich, dass die Gesellschaft in Südtirol weiterhin Antworten auf neue soziale und kulturelle Herausforderungen finden muss. Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Förderung von Diversität und Inklusion erfordern innovative und ganzheitliche Ansätze. Es ist daher von größter Bedeutung, die Errungenschaften der Vergangenheit als Grundlage für zukünftige Bemühungen zu nutzen. Der unermüdliche Einsatz der Frauen in der Geschichte Südtirols bleibt eine Quelle der Inspiration und ein Aufruf, den Kampf für Gleichstellung und Gerechtigkeit weiterhin fortzusetzen.

Verwendete Literatur

Primärquellen

- Bozner Nachrichten* (1923), ›Die Mütter für die deutsche Schule‹ (03.11.1923).
Brixener Chronik (1923), ›Der Zug der Mütter‹ (10.11.1923).
Der Fortschritt (1973), ›Aufklärungszentrum für Bozen‹ (26.02.1973).
Der Landsmann (1923), ›Für die deutsche Schule. Der Bittgang nach Rom. – Ein Protest der Brixner Frauen‹ (23.11.1923).
Der Südtiroler (1932), ›Katakombenbilder‹ (01.12.1932).

- Die Neue Südtiroler Tageszeitung* (2005), ›Andreina Emeri: Feministin und Mutter‹ (18.12.2005).
- Dolomiten* (1977), ›Frauenrechtlerinnen kämpfen für eine freie Entscheidung‹ (07.02.1977).
- (1978a), ›Das neue Abtreibungsgesetz‹ (25.05.1978).
- (1978b), ›Eine falsche Lösung‹ (25.05.1978).
- (1978c), ›Senat stimmt der Abtreibung zu‹ (19.05.1978).
- (1986), ›Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Frauenhauses‹ (26.06.1986).
- (1987), ›Für öffentliche Verwaltung des Frauenhauses‹ (03.03.1987).
- Legge Provinciale* (1989), *Istituzione del servizio »Casa delle donne«*, 10.
- Monats-Tandem-Mensile* (1983a), ›Donne fra dentro e fuori‹ (01.06.1983).
- (1983b), ›Quella forbice che prima o poi taglierà‹ (01.07.1983).
- Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich* (1867), <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1867&page=412&size=45> (letzter Zugriff: 24.09.2025).
- Scalmani, I. (1952), ›An alle südtiroler Mütter‹, *Archivio digitale UDI* (Blog) (25.05.1952), abrufbar unter: <https://archiviodigitale.udinazionale.org/an-alle-sudtiroler-mutter/> (letzter Zugriff: 24.09.2025).
- Südtiroler Neuigkeiten* (1964), ›Ein Wort zu den Kandidaten‹ (19.10.1964).
- Südtiroler Volkszeitung* (1978), ›Kostenlose Abtreibung‹ (08.09.1978).
- (1980a), ›Die ›normale‹ Gewalt gegen die Frau‹ (29.08.1980).
- (1980b), ›Offener Brief an Papst Wojtyla‹ (07.11.1980).
- Tandem* (1981), ›Donne a convegno‹ (02.12.1981).
- Volksbote* (1923), ›Lasset uns die deutsche Schule!‹ (08.11.1923).
- (1966), ›Eine Landesversammlung des Abwartens‹ (08.06.1966).
- (1969), ›Die Frau in der Öffentlichkeitsarbeit‹ (13.02.1969).
- (1977), ›Wichtigstes Recht: Das Recht auf Leben‹ (02.06.1977).
- Volkszeitung* (1910a), ›Die Landesgewerkschaftskonferenz‹ (01.02.1910).
- (1910b), ›Organisationsberichte‹ (01.02.1910).
- (1910c), ›Sekretariat Bozen‹ (01.02.1910).
- (1911a), ›Franzensfeste (Frauenversammlung)‹ (06.11.1911).
- (1911b), ›Frauentag in Tirol‹ (22.03.1911).
- (1912a), ›Bozen (Aus der Partei)‹ (21.06.1912).
- (1912b), ›Der Frauentag‹ (13.05.1912).
- (1912c), ›Der Frauentag. (Franzensfeste)‹ (13.05.1912).
- (1912d), ›Erste sozialdemokratische Frauenkonferenz‹ (26.05.1912).
- (1912e), ›Meran (Versammlungen)‹ (16.12.1912).
- (1913a), ›Aus Tirol. Die politische Frauenorganisation in Tirol‹ (21.02.1913).
- (1913b), ›Aus Tirol. Meran (Frauenversammlung)‹ (12.03.1913).
- (1913c), ›Bericht der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Tirols. (Fortsetzung.). Frauen-Organisation‹ (17.06.1913).

- (1913d), ›Meran (Ein neuer Verein)‹ (06.03.1913).
- (1914a), ›Der Frauentag 1914‹ (28.01.1914).
- (1914b), ›Frauentag 1914‹ (07.03.1914).
- (1916), ›Frauentag 1916‹ (17.02.1916).
- (1917), ›Zweite sozialdemokratische Frauenlandeskonzferenz in Tirol‹ (07.02.1917).
- (1918a), ›Aus der Meraner Partei- und Gewerkschaftsbewegung‹ (02.02.1918).
- (1918b), ›Der Frauentag‹ (27.03.1918).
- Zetkin, C. (1911), *Die Gleichheit* 12 (03.1918).

Sekundärquellen

- Bader-Zaar, B. (2019), ›Die Forderung des Frauenwahlrechts‹, in: Blaustumpf ahoi! (Hg.), ›*Sie meinen es politisch!*‹: 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich: Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Herausforderung, Wien: Löcker Verlag, S. 37–60.
- Barth-Scalmani, G. und Margesin, G., (2014), ›Frauen in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkrieges: Annäherung an einen blinden Fleck der Weltkriegshistoriografie aus regionaler Perspektive‹, in: Karner, S. (Hg.), *Erster Weltkrieg: Globaler Konflikt – lokale Folgen; neue Perspektiven*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag.
- Clementi, S. (2021), ›Frauen und Gesellschaft. Vom Wahlrecht zur Chancengleichheit‹, in: Mumelter, R. und Clementi, S., Tragust, K., *Waltraud Gebert Deeg – Die Landesmutter: Politik, Frauen, Soziales*, Bozen: Edition Raetia Verlag, S. 187–246.
- Facchinelli, I. (2005), ›70er und 80er Jahre: Umriss der Frauenbewegung‹, in: Fondazione Alexander Langer Stiftung (Hg.), *Andreina. Scritti e ricordi – Schriften und Erinnerungen*, Bozen: Fondazione Alexander Langer Stiftung, S. 64–69.
- Hauch, G. (2009), *Frauen bewegen Politik: Österreich 1848–1938. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung*, Bd. 10. Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag.
- Heinrich, E. (2013), ›Option – Geschlecht – Erinnerung. Genderspezifische Handlungsräume in der Erinnerung von ZeitzeugInnen an die Südtiroler Option 1939‹, in: *Geschichte und Region/Storia e Regione* 22 (2), S. 94–118.
- ›LGBTQIA+ Alto Adige Südtirol‹, *Centaurus Alto Adige Südtirol ODV* (2022), <https://www.lgbt.bz.it> (letzter Zugriff: 24.09.2025).
- Mazohl, B. und Steininger, R. (2020), *Geschichte Südtirols*, München: C.H. Beck.
- Ministero dell'Interno (1981), ›Referendum (17.05.1981)‹, in: *Archivio Storico delle Elezioni – Eligendo*, abrufbar unter: <https://elezionistorico.interno.gov.it/index.php?tpel=F&dtel=17/05/1981&eso=S&tpa=I&levo=o&levsuto=o&ms=S&tp=A> (letzter Zugriff: 24.09.2025).

- Mumelter, R. (2021), ›Politik und Leben. Der Landesrat mit der Perlenkette‹, in: Mumelter, R. und Clementi, S., Tragust K., *Waltraud Gebert Deeg – Die Landesmutter: Politik, Frauen, Soziales*, S. 15–186, Bozen: Edition Raetia Verlag.
- Niri, V. (2022), ›Dalla rivoluzione alla liberazione. Autocoscienza femminista e sessualità nel »lungo Sessantotto«‹, in: *Italia Contemporanea – Sezione Open Access*, 300 (Dezember), abrufbar unter: <https://doi.org/10.3280/ic-0a2>.
- Notz, G. (2011), ›Soziale und politische Gleichberechtigung für alle Frauen. Zur hundertjährigen Geschichte des Internationalen Frauentags in Deutschland‹, in: *Sozial.Geschichte Online: Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts* 6, S. 202–228.
- Schiestl, G. (2013), *Frauen in der Tiroler Politik: Beteiligung an institutionalisierten Politiken*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag.
- Spada, A. (2019), *Conquistare le madri: il ruolo delle donne nella politica educativa e assistenziale in Alto Adige durante il fascismo*, Bozen: Edition Raetia Verlag.
- Übergger, O. (2019), *Im Schatten des Krieges: Geschichte Tirols 1918–1920*, Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Urban, G. (1930), ›Die Entwicklung der österreichischen Frauenbewegung. Im Spiegel der wichtigsten Vereinsgründungen‹, in: Braun, M.S. und Fürth, E., Hönig, M., Laube, G., List-Ganser, B., Zaglits, C. (Hg.), *Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich*, Wien: Selbstverlag des Bundes österreichischer Frauenvereine, S. 25–64.
- Urthaler, A. (2018), ›Der Kampf um Frauenrechte und politische Partizipation in den 1970er und 1980er Jahren & der Beitrag einer regionalen Frauenbewegung am Beispiel Südtirol‹, in: *AEP-Informationen. Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 45 (1), S. 25–28.
- (2020), ›Räume der Neuen Frauenbewegung am Beispiel Südtirol‹, in: Sperk, V. und Altenberger, S., Lux, K., Vogler, T. (Hg.), *Geschlecht und Geschlechterverhältnisse bewegen: Queer/Feminismen zwischen Widerstand, Subversion und Solidarität*, 1. Aufl., Bielefeld: transcript Verlag S. 97–118. Abrufbar unter: <https://doi.org/10.14361/9783839451014-005>.
- Weinzierl, E. (1975), *Emanzipation? Österreich. Frauen im 20. Jh.*, Wien: Jugend und Volk.